



Ausschuss für Schule und Bildung

86. Sitzung (öffentlich)

24. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte:

- 1 Einschulungstichtag kindgerechter, elternfreundlicher und unbürokratischer regeln** **3**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10629

– Gespräch mit Gästen (s. *Anlage 1*)

- 2 Wir wollen mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen** **28**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10526

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage 2*)

2 **Wir wollen mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10526

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage 2)

Vorsitzende Kirstin Korte: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Anhörung und darf erklärend hinzufügen, dass wir uns derzeit, der Pandemie geschuldet, in Fraktionsstärke treffen. Deswegen sehen Sie hier nur wenige Abgeordnete. Die anderen haben aber die Möglichkeit, uns von zu Hause oder aus dem Büro am Stream zu folgen.

Wir haben vereinbart, auf Eingangsstatements zu verzichten und direkt in die erste Fragerunde einzusteigen. Frau Voigt-Küppers beginnt.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Ich will auch nicht viel Zeit vergeuden, aber dennoch zu Beginn den teilnehmenden Experten unseren Dank aussprechen. Vielen Dank für Ihre heutige Anwesenheit. Wir haben bei unserem Tagesordnungspunkt 1 schon festgestellt, dass das lebendige Sprechen miteinander doch häufig sehr viel gewinnbringender ist als ein Austausch über andere Wege, sei es in schriftlicher Art und Weise oder in der jetzt vermehrt gebrauchten digitalen Form. Deshalb freuen wir uns sehr, dass diese Anhörung trotz allem heute so stattfinden kann. Vielen Dank auch für Ihre Stellungnahmen. Wir haben sie alle mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Als Allererstes möchte ich die Schüler*innen oder die Schülerin und den Schüler fragen, ob sie aus ihrer Sichtweise zu unserem Antrag vielleicht noch Eckpunkte hinzufügen wollen, die wir möglicherweise übersehen haben, ob sie spezielle Bedürfnisse haben und wie wir den Prozess für mehr Demokratie nach ihrer Einschätzung beschleunigen können.

Timon Nikolaou (Landesschüler*innenvertretung NRW): Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass wir heute die Möglichkeit haben, die Schülerinnen und Schüler hier zu vertreten. – Wir begrüßen auf jeden Fall, dass im Antrag festgestellt wird, dass es mit Demokratie in Schule noch ein Problem gibt und dass man noch an ganz vielen Dingen feilen muss. Um nicht unsere gesamte schriftliche Stellungnahme zu wiederholen, will ich vorab nur Folgendes sagen:

Wir sehen vor allem, dass Schülerinnen und Schüler nur wenige Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Das ist bei Eltern auch der Fall. Unseres Erachtens ist eine demokratische Schule aber vor allem eine Schule, die von denjenigen gestaltet wird, die in ihr Demokratie lernen sollen, die die Mehrheit der in ihr Vertretenen ausmachen und die in diesem Lebensraum auch einen großen Teil ihres Lebens verbringen.

Uns ist ganz wichtig, dass Schülerinnen und Schüler in der Schulkonferenz mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Im Moment gibt es ja die Drittelparität, die auch im Antrag noch einmal erwähnt wird. Mit uns Schülerinnen und Schülern wird in der Schule oft nicht demokratisch umgegangen. Wenn eine Schulkonferenz ansteht, sind wir eine Kraft, an der man vorbei entscheiden kann. Das passiert auch häufig. Wir fordern, dass Schülerinnen und Schüler mindestens die Hälfte aller Stimmen in der Schulkonferenz bekommen – im Zweifelsfall entscheidet ja immer noch die Schulleitung –, damit wir als politische Kraft in der Schule auch als diese angesehen und ernst genommen werden und damit klar ist, dass man mit uns zusammenarbeiten muss, wenn man in der Schule Entscheidungen treffen will.

Denn das fehlt in der Schulpraxis an ganz vielen Stellen völlig. Es fängt – hier greife ich eine persönliche Erfahrung auf – damit an, dass man nicht die Themen mitgeteilt bekommt, über die man spricht, und dass man die Einladung zu spät erhält, sodass man im Endeffekt gar nicht die Möglichkeit hat, sich tatsächlich an dem Diskurs zu beteiligen und politisch in der Schule mitzubestimmen. Man sitzt nur dabei, weil man nun einmal Stimmen hat – wenn die Schüler*innenvertretung in der Schule überhaupt die Möglichkeit bekommt, sich so zu entwickeln, dass sie in der Schulkonferenz auch alle Stimmen wahrnehmen kann.

Deswegen lautet unser Appell ganz zu Anfang: Schülerinnen und Schüler werden in der Schule viel zu oft missachtet. Sie werden auf Bezirksebene und teilweise auch auf Landesebene viel zu häufig nicht wahrgenommen und nicht gefördert. Es braucht grundsätzlich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sodass man sie als politische Gruppe in der Schule, die sogar die Mehrheit stellt, auch ernst nimmt.

Sophie Halley (Landesschüler*innenvertretung NRW): Auch ich bedanke mich dafür, dass wir hier reden dürfen und unsere Position zu dem Antrag noch einmal klar machen können. – Ich möchte nicht das wiederholen, was Timon schon gesagt hat, sondern nur noch ergänzen, dass Privatschulen, also Schulen in privater Trägerschaft, eine ganz andere, schwierige Situation haben. Wenn aus einer Privatschule Fragen an uns gerichtet werden, wissen wir teilweise nicht: Welche Regelungen im SV-Erlass gelten dort? Gilt der SV-Erlass dort überhaupt? – Grundsätzlich finden wir uns da relativ gut zurecht und können eigentlich helfen. Aber Privatschulen sind ein luftleerer Raum. Sie existieren; aber generelle Regelungen in Sachen „Demokratie“ gibt es dort nicht.

Die Privatschulen müssen auf jeden Fall noch hinzugefügt werden, damit sie zum Beispiel auch die Verpflichtung haben, eine Schulkonferenz so abzuhalten, wie das viele andere Schulen auch können, auch wenn es dann nicht unbedingt so umgesetzt wird. Aber die Privatschulen müssen mit betrachtet und mit einbezogen werden. Das Ganze muss auch verständlich gemacht werden. Wir haben kürzlich wieder eine Anfrage an das Ministerium für Schule und Bildung gestellt, weil eine Privatschule uns gebeten hat, zu erklären, ob sie aktuell SV-Sitzungen abhalten dürfe. Wir haben gesagt: An sich darf das jede Schule. Aber bei Privatschulen sind wir nicht ganz sicher. Wir fragen sicherheitshalber noch einmal nach, bevor wir etwas Falsches weitergeben. – Das

wäre wesentlich einfacher, wenn man Privatschulen oder Schulen in privater Trägerschaft genauso betrachten würde wie die Schulen in öffentlicher Trägerschaft.

Claudia Schlottmann (CDU): Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für Ihr Kommen heute trotz der relativ schwierigen Situation hier. Ich sehe auch immer nur bedingt, wer spricht bzw. wen ich jetzt ansprechen kann. – Meine erste Frage lautet: Welche Auswirkungen hat nach Ihrer Meinung die Einführung eines einheitlichen Wahlsystems für Eltern?

Darf ich direkt noch eine zweite Frage anschließen, Frau Vorsitzende?

(Die Vorsitzende nickt.)

– Nachdem ich das vorhin nicht durfte, habe ich einmal vorsichtig nachgefragt. – Wie sehen Sie eine verstärkte Beteiligung der Elternvertreter auf kommunaler Ebene? – Meine Fragen richten sich zum einen an Frau Staar und zum anderen an Herrn Beckmann und Frau Löchner.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Frau Schlottmann, Ihre Frage zum einheitlichen Wahlsystem beziehe ich jetzt einmal nicht auf „schulintern“ – dort ist es ja geregelt –, sondern auf „darüber hinaus“. Da möchte ich mich erst einmal allein auf den Bereich der kommunalen Stärkung und der kommunalen Mitwirkung der Elternschaft vor Ort beschränken. Deshalb ist für uns auch ganz wichtig, dass wir alle Schulen tatsächlich erreichen können. Als Stadt- und Kreisschulpflegschaften bieten wir stetig eine Partizipation an, erleben aber, dass sie so gut wie nicht genutzt wird bzw. auch nicht bekannt ist. Wenn ich das Ganze vereinheitliche und sage: „Hier gibt es die darüber hinausgehende Beteiligungsstruktur und auch die Möglichkeit, sich kommunal mit einzubringen“, eröffne ich zumindest zwei Dinge. Zum einen bekommen die Eltern es auch verbindlich mitgeteilt. Es entsteht also eine Art Verpflichtung, dass Eltern tatsächlich Informationen bekommen. Durch diese Sicherstellung der Informationen – gerade wenn es sich um Wahlen handelt –, dass darüber hinaus etwas institutionalisiert wird, in dessen Rahmen Eltern sich über ihre eigene Schule hinaus beteiligen können, habe ich zumindest die Garantie, dass Eltern überhaupt erfahren, dass es diese Möglichkeit gibt. Denn wir erleben immer wieder – da könnte ich noch einmal an das anschließen, was Herr Nikolaou und Frau Halley gesagt haben –, dass die Informationen gar nicht gegeben werden. Da mache ich den Schulen manchmal auch überhaupt keinen Vorwurf. Es fängt ja mit der Erreichbarkeit der Schulen und der Schulpflegschaften an. Oft scheidet das schon an den Sekretariatsstellen, weil es dann gar nicht bis zu den gewählten Schulpflegschaftsvertretungen kommt. Das würde also schon helfen, weil wir dann sagen könnten: Hier besteht die Möglichkeit; hier schaffen wir ein Gremium, in dem sich die örtlichen Schulpflegschaften miteinander vernetzen können, um dann in den Austausch zu kommen.

Ihre zweite Frage bezog sich auf die kommunale Beteiligung. Auf diese Frage sind wir auch sehr ausführlich eingegangen. Wir fordern das seit mindestens zehn Jahren – jedenfalls habe ich es seitdem schriftlich dokumentiert – immer wieder ein, und zwar ebenfalls mit einer geregelten Form, weil es dort immer wieder ein Legitimationsproblem gibt. Dazu wird Ihnen Herr Beckmann gleich noch Näheres sagen. Eine Reihe von

Stadtschulpflegschaften – insgesamt jetzt etwas über 100 – sind aktiv und haben sich auch mit uns als sogenanntem Dachverband vernetzt. In dieser Vernetzung stellen wir fest, dass es den Schulpflegschaften und Stadtschulpflegschaften vor Ort nicht gleichermaßen gelingt, eine Beteiligungsstruktur auf kommunaler Ebene herzustellen. Diese Beteiligungsstruktur ist aber sehr wichtig, weil wir immer stärker merken – nicht nur durch die jetzige Krise, sondern generell –, dass vom Gesetzgeber und vom Ministerium zwar Vorgaben kommen, aber dass in Sachen „Schule“ viel, viel mehr in kommunale Hand gelegt wird. Das ist die OGS; das ist das Thema „Bildung und Teilhabe“; das ist die Lernmittelfreiheit, die es immer schon gab; das ist die Digitalisierung. Ganz viele Bereiche werden in kommunale Hand gelegt und in Kommunen gestaltet. Es ist ganz wichtig, dass dort sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrerinnen und Lehrer ein Beteiligungsrecht erhalten, aber insbesondere auch wir als Eltern, damit wir unser Erziehungs- und Bildungsrecht auch auf kommunaler Ebene begleiten können und dort eine Struktur vorfinden, die sich nicht jede Kreis- und Stadtschulpflegschaft erst erkämpfen muss. Wir müssen durch eine Institutionalisierung tatsächlich die Möglichkeit erhalten, dass wir uns dort zusammentun können, dass wir dort in den Austausch gehen können, dass wir dort wissen, was politisch für Schulen beschlossen werden soll, und dass wir dort vielleicht, wie man so schön sagt, das Salz in der Suppe sind oder, etwas positiver betrachtet, uns einbringen können. Das ist für uns der Kern, warum uns gerade diese Stärkung vor Ort wichtig ist – zumal sie mit einem weiteren Vorteil verbunden ist: Wenn wir dort mehr Beteiligung haben, können wir letztendlich auch die Eltern in den Schulen deutlich stärker unterstützen und dort dafür sorgen, dass Eltern viel besser informiert werden.

Christian Beckmann (Landeselternkonferenz NRW): Ich möchte nur etwas zu dem von Frau Staar schon angesprochenen Kontakt zu den Elternvertretungen in NRW sagen. Mit knapp über 100 Elternvertretungen bei uns in NRW stehen wir in Kontakt. Direkten Kontakt gibt es zu 65 von ihnen. Darüber hinaus sind es einzelne Schulpflegschaften, die Interesse haben, ein bisschen mehr zu machen, weil sie sehen, dass in ihrer Kommune irgendetwas im Argen ist, wo sie sich einbringen können und möchten.

Das gestaltet sich allerdings schwierig, weil es – anders als der Jugendamtseleternbeirat – nicht von der Kommune gepusht wird, sodass der Informationsfluss irgendwo versiegt. Diese fehlende Unterstützung versuchen wir teilweise zu kompensieren. So haben wir bei der Gründung von Stadtschulpflegschaften in Oberhausen, Essen und Schloß Holte-Stukenbrock mitgewirkt. Wir haben Infoveranstaltungen in Herne durchgeführt. Im Kreis Unna haben wir Eltern schlaugemacht, wie sie sich vernetzen können, sollen oder müssen, um auf kommunaler Ebene etwas zu erreichen.

Zu nennen sind an dieser Stelle aber auch über 20 Stadtschulpflegschaften, die sich im Laufe der Jahre aufgelöst haben, und zwar aufgrund mangelnder Akzeptanz bei den Entscheidungen in Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene, was dann einfach dazu führt, dass der Elan der Eltern einschläft und die Stadtschulpflegschaft abstirbt.

Die Beteiligung in kommunalen Ausschüssen haben wir im Moment in 43 Kommunen in NRW. Ich habe die Schulpflegschaften in allen Kommunen mit mehr als 20.000

Einwohnern angeschrieben. Damit habe ich mir wirklich ein Fleißkärtchen verdient, glaube ich. Dabei ist herausgekommen, dass 43 Kommunen einen beratenden Sitz zulassen.

Genauso gibt es aber auch Kommunen, zum Beispiel Krefeld, die trotz Nachfrage keinen Sitz im Bildungsausschuss für die Eltern gestatten. Bei uns in Gütersloh war es so, dass die Schulleitungen auch keinen Sitz hatten. Sie sind erst mit der Gründung der Stadtschulpflegschaft dort mit hineingerutscht, weil es dann hieß, alle Legitimierten könnten mitwirken. Das MSB gibt Handreichungen heraus und bittet darum, das zuzulassen. Wir stehen im Austausch mit den kommunalen Spitzen. Wenn von der Politik aus Düsseldorf ein bisschen mehr gepusht wird und das Ganze verstetigt wird, können wir auch noch ein bisschen mehr machen. Aber es gibt auch Kommunen, die das einfach nicht zulassen. Aktuell steht in Kempen der Kreis Viersen denjenigen auf den Füßen, die die Rechtmäßigkeit einer Beteiligung infrage stellen.

Das ist der Grund, warum wir hier schon seit Wochen, Monaten und Jahren diskutieren, dass Eltern nicht gehört werden.

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen):
Herzlichen Dank für die Einladung. Wir wurden eingeladen und – um ehrlich zu sein – fühlen uns auch ein bisschen verladen. Wir sitzen jetzt das dritte Mal hier und sagen eigentlich immer das Gleiche.

Ich kann mich nur meinen Vorrednern anschließen. Wir haben tollerweise in zahlreichen Orten mittlerweile Stadtelternschaften gegründet, aber die Institutionalisierung des Rechts steht immer noch aus. 20 % des gesamten Bildungs- bzw. Schuletats in einem Land werden von den Schulträgern verwandt, verarbeitet, wie auch immer. Da haben wir als Eltern kein Mitwirkungsrecht. Wenn ich mir dann den Art. 10 der Landesverfassung anschau, in dessen Abs. 2 wörtlich steht: „Die Erziehungsberechtigten wirken durch Elternvertretungen an der Gestaltung des Schulwesens mit“, muss ich sagen: Da ist ein Teil komplett ausgespart, und zwar gerade auch – was meine Vorrednerin jetzt nicht genannt hat, was ich aber ganz wesentlich finde – die Schulbedarfsplanung vor Ort. Das ist, muss ich ganz ehrlich sagen, schon seit langer Zeit wirklich nicht mehr zu akzeptieren.

Ich finde es toll, dass die SPD heute noch einmal eingeladen hat. Meines Erachtens ist es jetzt wirklich an der Zeit, daran ganz schnell endlich etwas zu ändern. Es ist schade, dass die Kommunen nicht auch hier sitzen. Ich hoffe, Sie tragen das weiter. Wie gesagt, halte ich diese Beschränkung der Elternmitwirkung für eine Beschränkung der Demokratie.

Im Detail brauchen wir eigentlich gar nichts mehr hinzuzufügen. Das ist Ihnen ja auch alles bewusst. Die Eltern sind teilweise weit weg. Die Eltern sind auch teilweise wirklich völlig frustriert, weil sie sagen: Es ändert sich am Wesen des Schulsystems sowieso nichts. Warum sollen wir uns denn überhaupt noch engagieren? – Es gibt einige Schulen, die gut funktionieren, was die Elternmitwirkung oder auch die Hinführung zur Elternmitwirkung betrifft, ja. Gleichzeitig gibt es aber auf Landesebene mittlerweile zwei Schularten, die gar keine Elternvertretung mehr haben. Das sind die Hauptschulen und

die Realschulen. Weil sie derart heruntergefahren worden sind und weil unser Schulsystem und die Schularten derart aufgesplittert worden sind, ist offensichtlich auch den Eltern der Mut abhandengekommen, und sie ergreifen keine Initiative mehr, weil eben auch keine Unterstützung da ist. Diese Ungleichgewichte, die in diesem Land bei der Elternvertretung inzwischen entstanden sind, sind meines Erachtens so nicht mehr haltbar.

Daniela Beihl (FDP): Auch von der FDP-Fraktion herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute hier als Experten zur Verfügung stehen. – Meine erste Frage richtet sich an Frau Staar. Im SPD-Antrag steht unter anderem, Eltern mit Migrationshintergrund hätten häufig großen Unterstützungsbedarf im Bereich der Elternbeteiligung. Ein von der NRW-Koalition angedachter Ansatz ist ja, anknüpfend an die erfolgreiche Präventionsarbeit von Familienzentren in Kindertageseinrichtungen nun auch an der Förderung von Familiengrundschulzentren zu arbeiten. Schließlich ist unser Ziel, Eltern als kompetente Bildungspartner ihrer Kinder zu stärken und in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Schule den Grundschulkindern eine chancengerechte Bildungsbeteiligung zu ermöglichen. Wie bewerten Sie diesen Ansatz, um demokratische Strukturen in unseren Schulen zu unterstützen?

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Diesen Baustein haben wir ja auch bei den letzten beiden Elternkonferenzen hier im Landtag immer wieder genannt und gesagt, dass es ganz wichtig ist, unten deutlich mehr zu tun, um Eltern zu unterstützen. Insofern ist das mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern ja auch Elternfortbildungsmöglichkeiten ein und haben in diesem Zusammenhang unter anderem immer wieder auf die Mehrsprachigkeit hingewiesen. Das hängt natürlich auch wieder mit entsprechenden Informationen zusammen. Was für Elternmitwirkungsinformationen haben wir denn? Es gibt sie einmal in deutscher Sprache, und dann hört es auf. Wir haben also noch nicht einmal mehrsprachige Informationen – geschweige denn, dass wir Informationen hätten, die zum Beispiel Sprachbarrieren berücksichtigen würden. Solche Informationen sind überhaupt nicht vorhanden.

Alle diese Dinge kann man im großen Maße angehen. Insofern ist das, was Sie angesprochen haben, eine zusätzliche Plattform, um Eltern zu stärken. Es ist aber nicht ausreichend. Denn wir brauchen die Informationen sehr kleinteilig. Wir erleben ja, dass sich die Aufklärung der Eltern über ihre Rechte – was Schule manchmal ein Stück weit als Zumutung empfindet; man sagt auch gerne: über ihre Pflichten – nicht in einer halben Stunde in der Schulpflegschaftssitzung oder in einem zehnminütigen Elterngespräch während des Elternsprechtags erledigen lässt, sondern dass wir tatsächlich mehr an Angeboten brauchen.

Das ist gerade deshalb notwendig, weil wir ganz viele Eltern haben, die unser Schulsystem nie selber erlebt haben. Sie kennen also gar nicht unsere Strukturen und die banalsten, einfachsten Dinge, die man wissen muss, um sich in dem System zurechtzufinden und hinterher vielleicht auch die Bildungssysteme zu verstehen. Eltern haben oft ganz banale Fragen und wissen zum Beispiel überhaupt nicht, dass der Weg über eine Realschule und eine Gesamtschule auch zum Abitur führt. Sie stellen ganz viele

grundsätzliche Fragen. Das fängt bei den Krankmeldungen an und geht bis zu den bei Ihrem Tagesordnungspunkt 1 angesprochenen Förderbedarfen. Viele Eltern wissen das alles nicht.

Das kann ein Pädagoge nicht leisten. Deshalb brauchen wir Strukturen, die einerseits die Pädagogen entlasten und andererseits die Eltern stärken. Ja, dorthin ist das ein Weg. Er muss aber verstetigt werden. Das heißt: Das ist ja ein Angebot, das wir zusätzlich schaffen, und zwar über diese Form der Vernetzung und der Erreichbarkeit, aber auch der Eigenorganisation. Denn es gehört auch ein Stück weit dazu, dass wir den Menschen zutrauen müssen, ihre eigenen Interessen und ihre eigenen Vorstellungen mit einbringen zu können.

Das kann ich wiederum nur über demokratische Strukturen gewährleisten. Ich darf auch nicht exkludierend arbeiten, sondern muss inkludierend arbeiten. Ich kann also nicht extra auf den Bereich „Migration“ schauen und auch nicht extra auf den Bereich „Inklusion“ schauen, sondern muss alles als ein inklusives System so entwickeln, dass ich dort Angebote für alle schaffe, die zum einen individuell sind und zum anderen alle zusammenbringen, damit wir gemeinschaftlich schauen können: Wie gehen wir gemeinsam so voran, dass wir das Ziel der Förderung und der Stärkung der Schülerinnen und Schüler, aber auch des Systems erreichen? – Denn Sie haben in dieser Krise, glaube ich, alle verstanden, dass Schule systemrelevant ist und mehr als Bildung ist. Sie ist Betreuung; sie ist Förderung; sie ist der Ort der Familien; sie ist der Begegnungsraum der Familien vor Ort. Das müssen wir stärken und können wir auch nur gemeinsam stärken, wenn wir es tatsächlich in demokratische Strukturen wachsen lassen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank fürs Hiersein und für die Expertise, die auch schon schriftlich vorgelegt worden ist. – Meine Frage richtet sich an die Landeschüler*innenvertretung und Frau Staar. In der Überschrift dieses löblichen Antrags, der dazu führt, dass wir dieses Thema jetzt wieder auf der Tagesordnung haben, steht „Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen“. Wir haben das Kommunalwahlrecht für 16-Jährige. Wir reden viel über die Verankerung der Elternvertretung auf der kommunalen Ebene. Würden Sie es befürworten, dass in dem gleichen Zuge auch die Schüler*innenvertretung auf der kommunalen Ebene angebunden wird? Viele engagieren sich vielleicht im Stadtjugendrat. Aber das ist häufig ein Nebengremium, das keine Anbindung zu den Ratsgremien und der tatsächlichen Entscheidungsfindung hat. Diese Perspektive der Schüler*innen fehlt ja vollkommen. Deswegen wüsste ich gerne, wie Sie das einschätzen und beurteilen.

Sophie Halley (Landeschüler*innenvertretung NRW): Die Antwort ist ganz einfach. Ja, für Schüler*innen, für SVen und für Bezirksschüler*innenvertretungen muss die Möglichkeit bestehen, dass sie auf kommunaler Ebene mitwirken können. Eigentlich müsste das selbstverständlich sein.

Fragt man das Ministerium, warum wir beispielsweise in einzelnen Kommunen keinen Sitz im Schulausschuss bekommen, sagt das Ministerium: Ja, das ist möglich; aber das müssen alle selbst entscheiden. – Fragt man dann im Schulausschuss bei sich

vor Ort, heißt es: Nein, das dürft ihr gar nicht; denn ihr müsst ein bestimmtes Alter haben und sachkundiger Bürger sein. – Das bedeutet auch, dass man sich zwei Jahre darauf fixieren muss. Aber bei einer SV, die regelmäßig neu gewählt wird, funktioniert das einfach nicht. Da kann man nicht jemandem sagen, er sei jetzt für zwei Jahre dieses oder jenes.

Ich habe selbst über ein Jahr lang versucht, einen Sitz für uns im Kreisschulausschuss zu bekommen, und es nicht geschafft. Irgendwann habe ich dann aufgegeben, weil ich einfach keinen Bock mehr hatte, mich damit auseinanderzusetzen, die ganze Zeit hin und her verwiesen zu werden und mir anzuhören: Dafür sind wir nicht zuständig. – Dann hat man gefragt: Wer ist denn dafür zuständig? – XY. – Der hat mich ja an Sie verwiesen. – Ich kam mir ein bisschen vor wie in dem Asterix-und-Obelix-Film, in dem man die ganze Zeit hin und her geschickt wird und nirgendwo irgendwer weiß, wie es weitergeht.

Wir Schüler*innen bekommen mit, wo Probleme bestehen. Wir wissen, wo es hakt und wie man es auch besser machen könnte. Wir sind vielleicht in manchen Lösungsfindungen etwas kreativ und abstrakt. Aber wir finden Lösungen für Probleme und können uns auf jeden Fall praktisch mit einbringen.

Dafür brauchen wir beispielsweise auch Entlastungsstunden für Bezirksverbindungslehrer*innen, um die Schüler*innen zu unterstützen. Auf der Schulebene gibt es ja schon die SV-Lehrer, die einen unterstützen, einem die im Rahmen der SV bestehenden Möglichkeiten aufzeigen und einen ein bisschen einführen, wenn man neu in der SV ist. Dasselbe brauchen wir für die BSV-Ebene, damit dort direkt vernünftige, zweckorientierte Arbeit geleistet werden kann und man sich nicht erst zwei Jahre hineinfinden muss. Und wenn man es dann verstanden hat, ist man oft gar keine Schüler*in mehr.

Dementsprechend muss die Anbindung besser sein. Es muss eine Lehrkraft zur Verfügung stehen. Lehrkräfte sind ja in der Regel etwas länger für die SV zuständig. Die Lehrkräfte müssen vernünftig begleitet und unterstützt werden – durch Fortbildung, aber auch durch Entlastungsstunden, weil sie nebenbei noch Unterricht zu leisten haben. Die Unterrichtsverpflichtung muss dann ein wenig reduziert werden, damit sie gut helfen können und nicht sagen: Ich muss jetzt aber noch die Klassenarbeit und die Hausaufgaben kontrollieren.

Wir brauchen die Mitbestimmung. Die Schüler*innen sind begeistert, wenn sie mitbestimmen können. In einigen Kreisen bekommen wir mit, dass diejenigen, die im Schulausschuss sitzen, sich auch noch in den Sportausschuss und in viele andere Ausschüsse setzen, um dort zuzuhören und im Zweifel Ideen aus diesen Ausschüssen dann in den Schulausschuss einzubringen.

Wir versuchen also, uns zu beteiligen. Aber wenn man uns die ganze Zeit nur im Publikum sitzen lässt und gar nicht reden lässt, kommen wir überhaupt nicht weiter. Denn sonst hört niemand auf uns.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Frau Halley hat schon eindrücklich geschildert, worum es geht. Ein Kernproblem, das wir immer wieder erleben, sowohl

schulintern als auch darüber hinaus, scheint eine für mich nicht begründete Angst zu sein, dass wir als Partizipationspartner der Politik ihren Rang streitig machen wollten. Meines Erachtens muss man hier unterscheiden und deutlich sagen: Wir sind die Akteure vor Ort – und damit meine ich alle drei Mitwirkungs-gremien, also Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern –, die Schule im Prinzip gestalten und auch quasi in Schule leben.

Darüber hinaus glaube ich, dass es für jede politische Ebene ratsam ist – sei es in der Kommune, auf der Landesebene oder auch auf der Bundesebene –, sich beratende Experten dazuzuholen.

Das heißt: Wir wollen nicht die Entscheidungen treffen und letztendlich der Politik ihren Job abnehmen, sondern möchten uns beratend als Experten einbringen. Das kann man nur dann, wenn man gehört wird. Deshalb brauchen wir zumindest eine Legitimation oder einen Anspruch, dass wir uns beratend beteiligen dürfen. Als das muss das auch verstanden werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

In Dortmund gibt es seit mittlerweile 40 Jahren eine Stadtschulpflegschaft. In Dortmund haben die Schüler*innen ganz selbstverständlich wie die Eltern beratende Sitze. Es besteht zwar ein Ungleichgewicht zu den Schulleitungen, weil jede Schulform separat vertreten ist und insgesamt sieben Schulleitungen dort sitzen, während sowohl die Schüler als auch wir jeweils zu zweit dort sitzen dürfen. Das ist allerdings nicht allzu tragisch. Natürlich hätten wir das gerne in ein entsprechendes Verhältnis gebracht, weil wir ja auch verschiedene Schulformen abbilden. Aber wir haben zumindest diese beratenden Sitze.

Darüber hinaus gibt es auch Bildungskommissionen, zum Beispiel in Gütersloh, bei denen auch die Schüler*innen und die Eltern beteiligt werden.

Es gibt also verschiedene Städte, in denen man schon vor Jahren verstanden hat, dass das eine große Bereicherung ist, und diese große Bereicherung nutzt und diesen Austausch pflegt. Es wird sogar so weit wertgeschätzt, dass zum Beispiel die Stadt Düsseldorf diese Organisationsform jedes Jahr mit einem Budget von 2.000 Euro unterstützt und auch ein Büro zur Verfügung stellt. Ähnlich ist es in Bonn. Bei Bonn und Düsseldorf handelt es sich natürlich um reiche Kommunen.

Bei allen anderen Kommunen wird dann häufig gesagt – das haben wir in den Vorgesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden sehr schnell dingfest gemacht –: Und wie ist die Konnexität dahinter? Wer zahlt uns die Kosten, die bei diesem Ausschuss entstehen? – Das ist ja immer die große Angst. Es wird offensichtlich sofort mit Geld verbunden – oder mit einem Machtanspruch.

Das ist aber gar nicht unser Anliegen. Unser Anliegen ist doch, unser Bildungs- und Erziehungsrecht wahrnehmen zu können, uns einbringen zu können und Politik die Möglichkeit zu geben, sich direkt berichten zu lassen: Was passiert denn dort an der Basis? Was ist denn der große Wunsch der Schüler*innen, der Eltern oder auch der Lehrer*innen vor Ort? Welcher Änderungen bedarf es denn? Was haben wir denn möglicherweise nicht mitberücksichtigt?

Es geht darum, die Impulse, die man dort bekommt, aufzunehmen und dann in den politischen Diskurs einfließen zu lassen, anstatt immer erst kurz vor den Wahlen plötzlich wahrzunehmen: Oh, da gibt es Eltern und sogar Schüler*innen, die eine Wahlstimme haben. – Prozessorientierung bedeutet für mich, dauerhaft Demokratie zu stärken, indem man prozessorientiert eine Teilhabe ermöglicht.

Helmut Seifen (AfD): Meine Frage geht an Frau Linge, Frau Löchner und Frau Staar. Wir haben hier verschiedene Situationen kennengelernt, also unwillige Schulleitungen und ignorante Beigeordnete. Es gibt aber natürlich auch andere Erfahrungen, nämlich die Schwierigkeit, Eltern zu finden, die das Amt übernehmen wollen. Das kann verschiedene Ursachen haben. Unter anderem kann es auch daran liegen, wie Frau Staar in ihrer Stellungnahme schreibt, dass die Eltern sich überfordert fühlen, weil sie sich neben ihrem normalen Lebensablauf auch noch in schulische Angelegenheiten einarbeiten müssen.

Deswegen frage ich Sie: Glauben Sie, dass Sie genügend Eltern finden, die bereit sind, nicht nur innerschulische Mitwirkungsarbeit zu leisten, sondern auch über die Schule hinaus in den kommunalen Bereich hinein mitzuwirken? Und haben Sie in dieser Richtung Erfahrungen?

Elisabeth Linge (Stadtschulpflegschaft Köln): Zunächst auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung. – Frau Löchner hat ja bereits beschrieben und auch in dem Statement der Landeselternschaft ziemlich klar formuliert, dass doch recht viele Eltern ein gewisses Maß an Frustration vor sich hertragen, weil die tatsächliche Mitbestimmung eben nicht gegeben ist. Auch bei den Schülern war das jetzt unüberhörbar.

Mein Anliegen ist natürlich, zu fragen – das wurde seitens der LEK auch schon recht ausführlich beschrieben und dokumentiert –: Wie gelingt es, Menschen anzusprechen, die sich mit dem System, das sie hier in Schule vorfinden, nicht identifizieren können, weil ihnen der Bildungshintergrund fehlt oder tatsächlich nicht die passende Sprache gesprochen wird, also soziokulturelle Differenzen vorliegen? Da ist Schule nicht niederschwellig genug gestaltet – und Elternmitbeteiligung sowieso nicht.

In diesem Fall fühle ich mich tatsächlich als Sprecherin der Förderschulen der Stadt Köln angesprochen. Ich erlebe jetzt seit elf Jahren, dass wir in kleiner Runde Menschen mit einem vergleichsweise hohen Bildungsgrad versammeln, während auf unseren Schulen, insbesondere den Förderschulen, weit über 50 % Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, die zwar in den Schulpflegschaften zuweilen schon repräsentiert werden, aber deren Eltern wir auf höherer Ebene nicht mehr wiederfinden. Und die Schülervvertretung bleibt ungehört. Dort findet tatsächlich eine Exklusion sondergleichen statt, die sich dann auch auf Ebene der Schulkonferenzen widerspiegelt. Das macht schon sehr nachdenklich.

Ich habe mir im Vorfeld überlegt, wie ich diese Problematik praktisch präsentieren könnte. Welche Möglichkeiten gibt es, Dinge niederschwellig zu gestalten? Frau Staar hat es schon benannt. Publikationen müssen natürlich auch in Leichter Sprache geschrieben werden. Selbst für studierte Alleinerziehende mit einem behinderten Kind wie mich ist ein Dokument in Leichter Sprache schnell mal gelesen, während ich mir

die fantastische Elternpublikation zum Thema „Elternmitwirkung“ bis dato noch nicht vollständig als Nachtlektüre vorgenommen habe, weil mir schlicht die Ressource Zeit fehlt. So geht es vielen Eltern.

Da gibt es etliche Faktoren, um Menschen zu exkludieren. Wir sind in Schule kein inklusives System. Entsprechend werden auch Schüler und Schülerinnen nicht systemisch abgeholt. Das heißt: Wir leisten uns als Gesellschaft ganz klar die Exklusion von 10 bis 20 % unserer Mitbürger. Im Rahmen der Förderschulen sind es sogar weit über 50 %, die nicht repräsentiert sind.

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen): Das ist eine ganz empfindliche Pflanze, bei der wir wirklich beginnen müssen, sie zu gießen und auch zu hegen und zu pflegen.

Meines Erachtens ist ganz wesentlich, was in der Schule passiert. Da ich, wie Sie wissen, für die Gymnasien zuständig bin, spreche ich jetzt von der 5. Klasse. Wenn die Schüler in die 5. Klasse kommen, sind ihre Eltern normalerweise aufgeregt, neugierig und bereit, mitzumachen, weil sie auch noch gar nicht wissen, wie das Ganze funktioniert. Sie wollen ihrem Kind helfen. In dieser Phase kann man Eltern tatsächlich abholen, wenn man als Schulleitung und als Lehrgemeinschaft, also insgesamt als Schulgemeinschaft, den Neuankommenden auch das Gefühl gibt: Ihr seid herzlich willkommen. Wir brauchen euch. Wir möchten, dass ihr mitmacht. Und wenn jemand sprachliche Probleme hat, haben wir auch schriftliche Möglichkeiten oder Tafelbilder und dergleichen mehr.

Ich kenne gute Beispiele aus Schulen, in denen das in den ersten Wochen stattfindet. Am Freitagnachmittag beginnen der Schulleiter und die dafür zuständigen Lehrer. Sie erzählen erst einmal, wie diese Schule funktioniert. Am Samstag laden dann die Elternvertreter noch einmal zu Kaffee und Kuchen ein und berichten, was denn vonseiten der Eltern getan wird. Genauso kann es das auch für Schüler geben.

Wenn wir so etwas nicht endlich grundsätzlich als Institution auf feste Füße stellen und uns auch einmal überlegen, ob nicht vielleicht in jeder Schule die Schulleitung einen Vertrag mit den Eltern schließen sollte, in dem festgehalten wird, was man sich vorstellt, wie die Regelungen aussehen und wer mitmachen kann, werden wir weiterhin eine Kultur nach dem Motto „Oh Gott, es wird ein Klassenpflegschaftsvertreter gewählt! Wer ist zuerst unter dem Tisch?“ haben.

Ich persönlich habe nachher auch festgestellt – über die Schulpflegschaft und über die Schulkonferenz –, dass man eigentlich nicht gewollt wird; vor allen Dingen, wenn irgendetwas Neues kommt. Doch, es mag sehr unterschiedlich sein. Ich will jetzt auch nicht in der Allgemeinheit reden. Aber mir geht es ja gerade darum, dass flächendeckend in allen Schulen eine Atmosphäre geschaffen wird, um diese Saat aufgehen zu lassen. Ich habe es erlebt – das entnehme ich auch jetzt als Vorsitzende immer wieder dem, was an uns herangetragen wird –, dass in Schulkonferenzen Tagesordnungen aufgerufen werden, die nicht abgesprochen sind. Vorher werden auch keine Papiere an die Eltern herausgegeben, sodass sie Nachfragen stellen könnten. Die Schüler bekommen meistens noch viel weniger mit. Die Lehrer haben sich aber abgesprochen.

Vor Ort werden dann ad hoc irgendwelche Entscheidungen getroffen. Dann ist das Ding einfach gerockt.

Natürlich ist Demokratie auch für Schulleitung anstrengend. Demokratie ist immer anstrengend. Wir sitzen jetzt auch hier und wenden dafür extra Zeit auf. Aber wenn wir sagen, dass wir in einem solchen System und in einer solchen Gesellschaft leben wollen, ist das notwendig – vor allen Dingen auch in Bezug auf die Schüler. Die Schüler fand ich in dem System „Schulkonferenz“ teilweise noch viel schlechter behandelt als uns. Da muss also ganz viel getan werden.

Erst dann hat man auch Bürger, die sehen: Was ich tue, ist wirksam. – Und dann kommt auch der Punkt, dass man sagt: Wir sehen Probleme in Bezug auf die Verteilung der Gelder in der Stadt. – Dann gehen die Schüler auch los und schauen einmal, wie das denn da funktioniert, und wir als Eltern ebenfalls.

Aber diese Unwissenheit der Eltern – das muss ich Ihnen aufgrund der sechsjährigen Erfahrung, die ich jetzt als Vorsitzende und im Vorstand habe, ganz ehrlich sagen – ist erschreckend. Selbst an Gymnasien wissen die Eltern überhaupt nicht, was da möglich wäre, wie man mitwirken könnte, wie die verschiedenen Gremien zusammenhängen und was auf Landesebene passiert. Und selbst wenn sie es wissen, sagen sie ganz häufig: Wir können ja eh nichts ändern; das läuft so wie immer.

Diese Situation finde ich wirklich frustrierend. Wir haben in diesem Land ganz viele Baustellen. Dass die Eltern – nach unserer langjährigen Erfahrung – so passiv in den Seilen hängen, müssen wir ändern. Da müssen wir wirklich in der Schule anfangen und sagen: Leute, ihr seid willkommen; wenn ihr gute Ideen habt, macht etwas. – Daran, dass die Lehrer für den Unterricht zuständig sind, wird keiner rütteln. Das haben wir nicht studiert und wissen wir nicht. Aber wenn es um die gesamte Schulorganisation geht und zusätzliche Möglichkeiten als Ideen eingebracht werden, sollte man die Leute doch kommen lassen.

Dann brauche ich natürlich auch Mitarbeiter in einer Schule, die so etwas verarbeiten können. Da kann ich nicht nur sagen, das müssten die Lehrer jetzt alles noch mit stemmen. Die Lehrer werden sofort sagen: Ja, das sind gute Ideen. Aber wer soll das denn machen?

Was Frau Staar gesagt hat, finde ich ein sehr gutes Bild. Das ist eine Familie. Das ist eine gesellschaftliche Zusammenkunft. Damit wachsen wir auf. Und wenn wir nicht den jungen Menschen und auch uns als Erwachsenen das Gefühl vermitteln: „Wir haben Einfluss“, dann vergeben wir etwas.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Alles, was Frau Linge und Frau Löchner gesagt haben, kann ich unterstreichen. Aber um noch einmal auf Ihre Frage zurückzukommen: Ja, diese Eltern gibt es. Wir haben jedes Jahr ganz viele Schulpreis-Schulen. An jeder Schulpreis-Schule, zu der ich eingeladen werde, funktioniert eines exzellent, nämlich die basisdemokratische Beteiligung der Schüler*innen und der Eltern. Warum werden das denn Schulpreis-Schulen? Weil dort von Anfang an ganz viel Gewicht darauf gelegt wird, dass Bildung nicht ohne Eltern gelingt.

Eltern sind ein ganz wesentlicher Baustein, der wichtig ist, wenn wir unser System nicht irgendwann zum Kollabieren bringen wollen. Alles das, was mit Bildung und Erziehung gestärkt und gefördert werden muss, kann Schule nicht alleine leisten. Wir geben unsere Kinder doch nicht zur Adoption frei. Schule ist ein Teil von Bildung und Erziehung. Dann muss Schule auch den anderen Teil derjenigen, die sogar das zuvörderste Recht dafür haben, partnerschaftlich mitberücksichtigen.

Dort, wo das Schulen tun, erleben wir Musterbeispiele von Schulen, wie wir sie eigentlich alle gerne haben möchten. Der Unterschied ist nur, dass diese Schulen mit extrem viel Geld untermauert sind. Das heißt: Sie können sich das leisten. Sie haben das entsprechende Personal, das dort anfängt, wo Kinder es brauchen. Sie haben die Ausstattung dafür, dass sie das anbieten und ermöglichen können.

Wir stehen also auch dort wieder vor einem Konnexitätsproblem. Da müssen wir anfangen. Es hat, wie wir schon von Frau Halley gehört haben, etwas mit Entlastungsstunden zu tun; es hat etwas mit zusätzlichem Personal zu tun; es hat etwas mit Entlastung der Verwaltung zu tun. Das heißt: Auch da erleben wir wieder diesen Kreislauf.

Ich würde in diesem Zusammenhang gerne auch noch auf die Realität hier und jetzt eingehen. Wir befinden uns mitten in einer Krise und sollten inzwischen doch verstanden haben, wie elementar wichtig Eltern sind, wenn zum Beispiel Distanzunterricht gelingen soll. Wir müssen sie erst einmal überhaupt erreichen. Dann müssen wir ihnen verständlich machen: Was passiert denn da gerade? Welche Aufgabe übernimmst du denn an dieser Stelle? Eigentlich ist es sowieso deine Pflicht, das zu tun. Du weißt nur nicht, dass es deine Pflicht ist, und weißt auch nicht, wie du diese Dinge bei deinem Kind am besten stärken kannst. Dir fehlen also vielleicht die elementarsten Dinge, um dein Kind alleine zu Hause stützen zu können. – Daran wird doch ganz deutlich, dass wir dort mehr tun müssen. Zum einen müssen wir Eltern die Chance geben, zu verstehen, was in Schule passiert. Zum anderen müssen wir ihnen vermitteln, was ihr Part ist, wie sie ihr Kind stärken können und warum sie so wichtig für Schule sind.

Denn ohne diese Eltern wäre jetzt in der Pandemie alles zusammengebrochen. Eltern sind so systemrelevant, dass wir Schule nicht mehr ohne Eltern denken können. Wir brauchen die Eltern und müssen sie stärken.

Den ersten Schritt, den wir dafür gehen müssen, diskutieren wir seit Jahren: Schaffen Sie eine Erreichbarkeit. Jedes Elternteil muss erreichbar sein. Wir brauchen endlich eine Vernetzungsstruktur, sodass ich das, was ich vom Schulministerium netterweise bekomme, per Mausclick weiterleiten kann – zum Beispiel den lieben Brief von Frau Gebauer. Dreimal hat sie ihn nun schon geschrieben. Nicht einmal 10 % der Eltern werden ihn gelesen haben, weil wir diese Eltern nicht erreichen. Das ist nicht nur auf unserer Ebene der Fall, sondern auf der kommunalen Ebene ganz genauso. Wir stellen noch nicht einmal sicher, dass die Erreichbarkeit gewährleistet ist, weil gerade die Schulsekretariate immens überfordert sind und keine Zeit mehr haben.

Es sind aber Strukturen geschaffen worden und auch von Frau Gebauer schon vorgegeben worden. Es gibt nämlich Aufforderungen, so etwas einzurichten. Dann liegt es wieder an der Verflechtungsstruktur, dass Aufträge nicht ernst genommen werden, weil sie nicht in Gesetzesform gegossen sind. Insofern besteht eine große Ambivalenz,

ob eine Schule das macht oder nicht, ob sie die Ressourcen dafür hat oder es vielleicht auch gar nicht will; wie auch immer. Offensichtlich braucht man in Schule doch ganz viele Rädchen und muss das gesetzlich klar regeln. Offensichtlich ist also eine gesetzliche Verpflichtung notwendig, damit das Werkzeug „Eltern als Baustein und Schüler als Baustein zur Stärkung unserer gesellschaftlichen Demokratie“, das wir ja haben, in Schule viel mehr genutzt wird.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank. – Meine verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt die erste Runde abgearbeitet. Dafür haben wir eine Stunde gebraucht. Ab sofort müssen wir uns bemühen, etwas präziser durch unsere Themen zu kommen, weil ich sonst nicht mehr genügend Fragestellungen zulassen kann.

Daniela Beihl (FDP): Meine zweite Frage richtet sich an die Landesschüler*innenvertretung. Das Thema „demokratische Bildung, Demokratie, demokratische Teilhabe“ ist ja ein sehr wichtiges Thema. Da sind wir uns hier auch alle einig, glaube ich. Allerdings gibt es in Schulen leider auch manche Schülerinnen und Schüler, die viele Dinge nicht mit so viel Interesse betrachten, wie Sie das tun. Mich würden Ihre Vorschläge interessieren, wie man diese Schülerinnen und Schüler vielleicht noch etwas stärker beteiligen und einbinden kann.

Timon Nikolaou (Landesschüler*innenvertretung NRW): Wenn wir an Demokratie in Schule denken, müssen wir immer auf drei Ebenen schauen: auf die inhaltliche Ebene – gelehrte Demokratie –, auf den demokratischen Umgang – gelebte Demokratie – und auf die demokratische Struktur, die wir dafür brauchen. Wenn wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler sich vermehrt in SV-Strukturen beteiligen und auch vermehrt ihre Interessen wahrnehmen, muss man auf allen Ebenen anfangen. Wie im Antrag auch gefordert wird, muss man schon im Kindergarten und in den Grundschulen beginnen. Man muss in der Schule eine entsprechende Stimmung erzeugen und dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler durch die Schule auch vermittelt bekommen, dass ihre Meinung wichtig ist, dass sie ein Teil der Demokratie sind und dass sie als Mitglied dieser Demokratie auch die demokratische Pflicht gegenüber ihren Mitmenschen und vielleicht auch gegenüber sich selbst haben, an der Schule mitzuwirken.

Dieses Verständnis fehlt mir in der Schule ganz grundlegend, weil man immer über Köpfe von Schülerinnen und Schülern hinweg entscheidet, also viel Scheinmitbestimmung hat. So haben in den Fachkonferenzen, in denen es darum geht, mit welchem Lehrmaterial die Schülerinnen und Schüler lernen, die Schülerinnen und Schüler kein Stimmrecht. Lehrerinnen und Lehrer entscheiden alleine darüber, welche Lehrmaterialien für die Schülerinnen und Schüler genutzt werden. Schülerinnen und Schüler können zwar beratend mit zwei Stimmen an dieser Fachkonferenz teilnehmen. Aber oft bekommen sie vorher noch nicht einmal die Materialien, sodass man das noch nicht einmal absprechen kann.

Sophie Halley (Landesschüler*innenvertretung NRW): Nur eine ganz kurze Ergänzung: durch Aufklärung und Information. Wenn man den Schüler*innen sagt, was sie machen können, sind sie begeistert dabei.

Wenn sie nicht wissen, was sie überhaupt erreichen können, fragen sie sich: Warum? Wenn ich deswegen nur einmal in der Woche eine Freistunde in der Hausaufgabenstunde habe, also für mich daraus kein unmittelbarer Nutzen entsteht, frage ich mich: Warum sollte ich das tun?

Wenn man aber die Erfahrung macht: „Ich kann organisieren, dass ein zusätzlicher Wasserspender aufgestellt wird“, oder zum Beispiel feststellt: „Ich kann mich stärker beteiligen, was die Auswahl der Lehrbücher angeht“, ist man viel begeisterter dabei, weil man merkt, dass man etwas bewirken kann. Das heißt: Information und Aufklärung sind hier einfach das A und O.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Nachdem ich vorhin die Schülerinnen und Schüler angesprochen habe, möchte ich mich diesmal an die Elternverbände wenden. Diese Anhörung findet ja aufgrund unseres Antrages „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ statt. Im Teil III dieses Antrages haben wir schon eine Menge von dem gefordert, was Sie gerade als notwendig beschrieben haben, zum Beispiel die Verankerung der Elternmitwirkung in politischen Gremien auf Ebene der Schulträger, die Definition einer angemessenen Finanz- und Personalausstattung für die Elternvertretungen auf kommunaler und Landesebene und die Verankerung eines einheitlichen und rechtsverbindlichen Wahlsystems für die Elternvertretungen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen und gehe davon aus, dass Sie es zur Vorbereitung der Sitzung durchaus zur Kenntnis genommen haben. Würden Sie sagen, dass das das A und O des Gelingens ist? Oder was brauchen wir zusätzlich noch?

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Ja, aber wir haben auch ergänzt, was uns fehlt und was wir für zusätzlich erforderlich erhalten. Das ist ein Baustein. Wie wir schon in unserer Stellungnahme geschrieben haben, sind wir auch dabei. Wir waren im März dieses Jahres ja so weit, dass wir kurz davorstanden, das tatsächlich in ein Schulrechtsänderungsgesetz einzubringen. Diese Gespräche sind aufgrund der Coronapandemie dann bedauerlicherweise ein bisschen eingeschlafen. Nachdem es auch eine Übereinkunft mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit dem Ministerium gab, ist es jetzt leider nicht weitergegangen.

Das heißt: Alle diese Vorschläge lagen vor, und alle diese Dinge sind besprochen worden. Wir warten nur darauf, dass sie jetzt in einen Gesetzentwurf münden, um das zu stärken, was Sie dort noch einmal aufgezählt haben. Aber besprochen worden ist das mit allen. Gesagt worden ist dazu alles – mehrfach, glaube ich, immer wieder, auch in der Konstellation mit kommunalen Spitzenverbänden, Ministerium etc. Wir hoffen einfach, dass man jetzt nicht wieder von vorne anfängt, sondern dort ansetzt, wo das gestartet ist, und dann auch tatsächlich bereit ist, es in das nächste Schulrechtsänderungsgesetz einzubringen.

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen): Ich muss ehrlich sagen, dass ich mich jetzt an die Details nicht erinnern kann. Was wir mit dem Ministerium besprochen haben, betraf zum Beispiel den Ombudsmann. Ich weiß nicht, ob Sie ihn im Antrag auch noch einmal aufgeführt haben. Das ist ein Thema, das wir durchaus für sehr dringlich halten. – Weil Sie nicken, will ich gar nicht weiter darauf eingehen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Der Ombudsmann ist nicht im Antrag aufgeführt!)

Mein Punkt, den ich hier noch ergänzen möchte, baut im Grunde genommen auf dem auf, was auch die Schüler jetzt und schon immer zum Ausdruck gebracht haben. Wir möchten ernst genommen werden. Das zieht sich durch die gesamte politische Teilhabe von unten bis ganz oben. Wenn wir keine ordentlichen Begründungen bekommen, warum – egal ob bei der Gesetzgebung, bei Verordnungen oder bei Erlassen – gegen unsere Argumente entschieden worden ist, empfinden wir das wirklich als Nichtbeachtung. Und das schmerzt auf die Dauer sehr und frustriert so, dass man dann auch irgendwann einmal sagt: So, Leute, das war es; ihr könnt das jetzt alleine machen.

Zwar war es vielleicht immer nicht gut. Aber ich empfinde das als eine Entwicklung. Mir fehlen gute Argumente für bestimmte Entscheidungen. Und das braucht man in einer Demokratie. Das ist das Mühsame daran. Daran kann man aber auch seine eigenen Argumente schärfen, wenn man irgendwann merkt, dass es doch nicht reicht, um andere zu überzeugen. Das Ergebnis wird dann besser. Wenn man nur mit einem halben Ohr zuhört, weil man sagt: „Wir führen zwar irgendwelche Veranstaltungen durch, beispielsweise eine Elternanhörung im Ministerium, haben das aber schon vorher festgelegt“, und dann so entscheidet, wie es schon vorher im kleinen Kämmerchen festgelegt worden ist, kann man sich das auch sparen.

Wenn sich ein solcher Eindruck irgendwann einmal durchsetzt, sind nachher auch die Elternvertretungen weg. Das ist meines Erachtens eine riesengroße Gefahr in einer Demokratie. Insofern möchte ich Sie alle zum Ende meiner Amtszeit wirklich bitten: Seien Sie da sehr viel sensibler, sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung.

Sigrid Beer (GRÜNE): Vielen Dank für das leidenschaftliche Plädoyer, Frau Löchner. Sie haben das Stichwort „ernst genommen werden“ hier schon genannt. Daraus speist sich dann auch demokratische Entwicklung, glaube ich. – Meine Frage ist eigentlich ganz einfach. Sie sind ja schon, wie man in Ostwestfalen sagt, mit Brass hierhin gekommen, weil das, was in diesem Antrag steht und was wir bei den Elternkonferenzen diskutiert haben, bereits einen längeren Vorlauf hat. Deswegen frage ich Sie, Frau Löchner, aber auch Frau Star und Frau Halley: Was erwarten Sie von diesem Haus, was in absehbarer Zeit passiert und über einen Ombudsmann oder eine Ombudsfrau hinausgeht?

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen): Frau Beer, wir haben bereits diverse Papiere in Absprache miteinander erstellt. Manchmal ist es auch schwierig, wie Sie wissen – ich sage hier nur: viele Verbände, viele Stimmen –,

da einen Konsens zu finden und das an Sie heranzutragen. Wir haben das ja schon formuliert. Beispielsweise ist uns extrem wichtig, dass, wie wir bereits gesagt haben, bei den Stadtschulpflegschaften eine Institutionalisierung stattfindet. Da passiert mittlerweile ganz viel. Wir leben heute in einer anderen Gesellschaft als vor 20 oder 30 Jahren. Wir haben sehr viel mehr Kinder, die die Schule auch als Lebensort brauchen. Wir haben auch Eltern, die an dieser Stelle mitgenommen werden müssen. Denn andere Stellen haben wir nicht, oder sie sind falsch verteilt. Das ist unseres Erachtens wirklich nicht glücklich.

In den Schulen vor Ort muss man auch fühlen, dass man mitgenommen wird. Diesen Zugang halte ich für ganz entscheidend. Wie Frau Staar schon erwähnt hat, ist der Zugang von Verbänden zu ihren Mitgliedern ein riesiges Problem. Wenn wir auf Landesebene an unsere Mitglieder herantreten wollen, ist das eine einzige Tortur. In unserer Geschäftsstelle ist die Sekretärin seit einem Vierteljahr mehr oder weniger ausschließlich damit beschäftigt, nach den Neuwahlen wieder zusammenzustellen, wer alles bei uns Mitglied ist, und überhaupt einen Zugang zu unseren Mitgliedern zu schaffen. Wir werden überhaupt nicht unterstützt.

Auch das Einsammeln von Geld wird immer schwieriger, weil die Leute es wirklich kompliziert finden, zumal das auch von der Schule nicht mitgetragen wird. Es ist irgendwie eine Spende; es geht alles irgendwie unter. Dann denkt auch jeder: Mein Gott, Geld – und in Coronazeiten dreimal. Das ist für uns eine Anstrengung. Wir sind alle ehrenamtlich unterwegs. „Zoom“ haben wir privat gekauft, damit wir uns überhaupt untereinander vernetzen können.

Von der öffentlichen Seite erhalten wir keinerlei Unterstützung. Ich könnte jetzt noch eine Viertelstunde weiterreden. Aber wir als Eltern stehen in der Verfassung. Wie gesagt, werden Schülerinnen und Schüler auch nicht gut genug behandelt. Da muss etwas passieren, um dieses Mitwirken auch tatsächlich möglich zu machen. Wir geraten langsam wirklich an die Grenzen. Es will keiner mehr machen.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Konkret ist das Erste, was wir brauchen, eine fest installierte Vernetzungsstruktur. Das heißt, dass wir mindestens für die Schulpflegschaften eine direkte Erreichbarkeit brauchen. Es muss aber auch innerhalb der Schule selbst geregelt werden, dass Eltern mindestens per Mail oder wie auch immer erreichbar sind. Sie müssen auch für Informationen der Schulpflegschaft erreichbar sein. Das Erste, was wir auf jeden Fall brauchen, ist also, dass das Ministerium, der Schulausschuss – also Sie –, die Bezirksregierung, die kommunale Schulverwaltung, wer auch immer, die Schulpflegschaften erreicht und auch wir als Elternvertretung unsere gewählten Vertreter erreichen. Das ist eine enorm wichtige Sache.

Das Zweite ist: Es muss eine Plattform auf kommunaler Ebene geben, wo die Schulformen sich problemlos – wie auch immer, in irgendeinem Intervall – regelmäßig treffen können, austauschen können und auch in geordneten Strukturen Vertreter wählen können.

Diese Vertreter werden dann in die dritte Ebene entsandt. Da gehört es auch ins Schulgesetz hinein. Hier sind die §§ 72 bis 77 zu nennen. Dort sind alle Mitwirkungsgremien

aufgeführt. – Insofern entschuldige ich mich bei der Schülervertretung. Was ich jetzt für die Eltern sage, meine ich natürlich auch für die Schüler. Das ist also immer analog zu sehen.

Man sollte bitte auch klar festlegen, dass nicht die „Schule“ zu beteiligen ist, sondern die „Schulgremien“ zu beteiligen sind. Dieses Wort muss man austauschen, um sicherzustellen, dass in den kommunalen Bildungsausschüssen die Schulgremien vertreten sind. Damit müssen dann Schüler*innen, Elternvertretung und Lehrervertretung in diesen kommunalen Ausschüssen mit vertreten sein. Dort gehört es auch hinein.

Ein Stück weit – nicht ganz, weil es nicht passgenau ist; Schule ist kein Kindergarten – ist das analog zum KiBiz zu betrachten. Es geht darum – damit ist ja dann auch eine finanzielle Unterstützung gemeint –, dass dort vor Ort die Strukturen der Vernetzung gestärkt und ermöglicht werden. Das ist die Grundbasis, die man braucht, um von dort aus dann darüber hinaus ... Vorhin ging es um die Frage, ob wir einen wirklichen Topf brauchen, der in Schulen externe Fortbildungsmaßnahmen ermöglicht. In unserer Stellungnahme haben wir als Beispiel KAUSA genannt. Das kann, egal wie man das Kind hinterher nennt und wer das dann macht, Eltern die Möglichkeit geben, dass sie dort hineinwachsen können, weil sie begleitet werden und gestärkt werden können. – Das ist dann der vierte Part. Damit haben wir, glaube ich, auch alle Parte angesprochen.

Darüber hinaus benötigen wir natürlich auch auf Landesebene eine Stärkung der Verbandsstrukturen, sodass wir – wenn ich diesen Punkt noch ansprechen darf; das ist gar nicht Bestandteil Ihres Antrags gewesen – auch hier im Landtag oder im Ministerium nicht mehr auf Bitten und Bittstellerbasis beteiligt werden, sondern das selbstverständlich ist und es im Ministerium eine kontinuierliche Beteiligungsstruktur gibt. Diese Möglichkeit ist auf freiwilliger Basis vorhanden. Sie wird auch hin und wieder genutzt, in der Krise jetzt stärker als vorher. Wir wünschen uns, dass es hier eine Regelmäßigkeit gibt, damit Eltern sich auch dafür entscheiden können, weil sie sagen können: Hier habe ich eine Struktur; hier weiß ich, was da passiert; hier kann ich mich einbringen; hier kann ich meine Meinung über die kommunalen Spitzenverbände bis an den Landtag weitergeben. – Dass man diese Kette der Beteiligung sicherstellt, ist das, was wir uns wünschen.

Sophie Halley (Landesschüler*innenvertretung NRW): Da fällt uns einiges ein. Aber zunächst einmal will ich sagen, dass man sich dem definitiv anschließen kann. Das betrifft gerade auch den Punkt, dass man hier war und erklärt hat, warum XY nicht so gut ist und Soundso besser wäre. Wenn es dann doch anders gemacht wird, wären entsprechende Begründungen auf jeden Fall wünschenswert. Denn dann kann man das auch nachvollziehen. Entweder kommt man zu dem Schluss, dass man die vorgenommene Anpassung in einigen Punkten verkraften kann. Oder man knüpft an die Punkte an, die diskutiert wurden, und fragt dann bei bestimmten Fraktionen nach: Könnt ihr uns das vielleicht noch einmal genauer aus eurer Sicht erklären? – Dann kann man also in einen Diskurs treten.

Ernst genommen zu werden, ist überhaupt eine unglaublich wichtige Sache. Leider ist das, egal auf welcher Ebene man gerade aktiv ist, nicht unbedingt der Fall. Wir auf

Landesebene werden auch nicht unbedingt mehr akzeptiert oder stärker ernst genommen als die auf SV-Ebene Aktiven, nur weil wir überregionaler unterwegs sind.

Jetzt rattere ich einmal schnell die Punkte herunter, damit ich nicht so lange rede:

- Anpassung der Drittelparität zugunsten der Schüler*innen.
- Fester Etat der Schüler*innenvertretung. Dazu soll eine Kommission gebildet werden, der keine Schüler*innen angehören. Wir sollen also nicht an der Kommission teilhaben, in der beschlossen wird, was für einen Etat die SVen haben. Die Eltern dürfen aber dabei sein, weil es ja gegebenenfalls um Sitzplätze für sie geht. Das ist eine Sache, die sich uns nicht unbedingt erschließt.
- Schülervertreter*innen müssen verpflichtend erreichbar sein. Sie müssen von der Schule zum Beispiel eine Maildomain erstellt bekommen, damit Schüler*innen, egal aus welcher Klasse, die SV erreichen können oder auch die BSV sagen kann: Wir haben eine verbindliche Mailadresse und nicht irgendeine private Mailadresse, wo wir gar nicht wissen, ob die Person noch in diese Schule oder überhaupt in die Schule geht.
- Die SV muss auf der Website vermerkt sein. Das schwarze Brett ist absolut veraltet. Während des Distanzlernens ist man ohnehin weniger in der Schule gewesen. Da wäre eine Website praktisch gewesen.
- Das Gleiche muss für die Eltern und die Lehrer*innen gelten. Meine Schule hat erst jetzt wegen der Pandemie Schulmail bekommen, sodass ich meine Lehrkräfte nun von zu Hause aus erreichen kann. Vorher hatte ich diese Möglichkeit nicht. Vorher hat man am Lehrerzimmer geklopft und gehofft, dass diese Person da ist. Wenn sie nicht da war, musste man es halt morgen noch einmal probieren. Das kann es auch nicht sein. Wenn wir beispielsweise Sachen für die Schulkonferenz besprechen wollen, soll das nicht während der Schulkonferenz passieren, sondern als Vorbereitungsmaßnahme. Diese Möglichkeit wird uns gar nicht erst gegeben, weil wir niemanden erreichen können.
- Das Schulfach Wirtschaft muss weg. Stattdessen muss wieder der Politikunterricht forciert werden. Wir brauchen mehr Politik. Wir merken, dass bei Politik ein extremer Mangel besteht. Dann können wir nicht sagen: Aber Wirtschaft ist doch auch wichtig; also lasst uns bei Politik ein bisschen kürzen.
- Fortbildung von Lehrkräften zu den Themen „Politik“ und „SV“, damit Lehrkräfte, die ja, wie gesagt, länger für die SV zuständig sind, gut helfen können.
- Einladungen zur Schulkonferenz frühzeitig, nicht erst am Dienstag in der 8. Stunde für denselben Dienstag in der 9. Stunde – und dann soll man noch sechs Menschen aufgabeln, die teilnehmen. Das funktioniert nicht.
- Auf jeden Fall sollten demokratische Strukturen an Grundschulen und Kitas etabliert werden, damit man langsam in die Rolle hineinwächst, wirklich politisch zu arbeiten und sich politisch zu beteiligen. Dann kann man auf kommunaler Ebene beispielsweise sagen: Diesen Jugendtreff erachten wir nicht für sinnvoll, weil direkt nebenan ein Schulhof ist, der nach Schulschluss auch für uns zur Verfügung steht; richtet den Jugendtreff doch in diesem Viertel ein, in dem es gar keine Schule gibt. – Das

ist auf jeden Fall eine Möglichkeit. Der Bedarf ist vorhanden. Grundschulen und Kitas sind auch begeistert davon, Sachen auszuprobieren und Demokratie zu erleben und zu erlernen. Dort kann das super funktionieren, wenn man sie langsam und schrittchenweise heranzuführt. Das muss passieren und hätte eigentlich schon längst passieren müssen.

Helmut Seifen (AfD): Mir bleibt fast die Sprache weg, weil Sie von Dingen berichten, die für mich unbegreiflich sind. Es geht hier um Verfahrensweisen. Da gibt es Durchführungsbestimmungen. Da gibt es Verwaltungsvorschriften. Da gibt es Ladefristen. Da kann man nicht einfach in der 8. Stunde jemanden zur 9. Stunde einladen. Nennen Sie mir bitte nicht die Schule, in der das passiert.

Meine Frage richtet sich an Frau Löchner, einen Vertreter der Schülervvertretung und Frau Linge. Ich habe hier zwei Dinge unterscheiden können. Das eine sind Verfahrensweisen, die nicht in Ordnung sind. Jeder von uns müsste sie empört zurückweisen. Was in die Schulkonferenz kommt, muss vorher nicht nur in der Lehrerkonferenz, sondern auch in der Schulpflegschaft und im Schülerrat intensiv besprochen worden sein. In diesen drei Gremien wird alles, was in der Schulkonferenz behandelt wird, vorher besprochen, diskutiert und abgestimmt. Anschließend behandelt man die Dinge in der Schulkonferenz und tauscht sich dort aus.

Meine Frage lautet: Geht es unabhängig von den organisatorischen Dingen, die hier vorgetragen worden sind – E-Mail-Adresse, Telefon usw. usf. –, innerhalb der Schule nicht hauptsächlich doch um Verfahrensweisen, die offensichtlich dann misslingen, wenn Schulleitung nicht richtig funktioniert? Das sage ich jetzt einmal ganz deutlich. Denn was ich hier gehört habe, war alles Nichtfunktionieren von Schulleitung. Ich weiß, wie es besser geht. Ist es also nicht so, dass es da eher um Verfahrensweisen als um strukturelle Dinge geht?

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen): Herr Seifen, da haben Sie sicherlich recht. Im Schulgesetz steht bereits eine ganze Menge drin. Wenn man das ordentlich umsetzt, ist es auch schon durchaus gut. Das gilt unter anderem für die Drittelparität. Wenn man die Demokratie, dieses Ernst-Nehmen, entsprechend lebt, kann das gut funktionieren. Da gebe ich Ihnen völlig recht.

An dieser Stelle muss ich mir natürlich die Frage stellen: Warum funktioniert das so häufig nicht? Das betrifft natürlich nicht alle 5.500 – oder wie hoch die Zahl jetzt tatsächlich ist – Schulen, die wir haben. Aber es funktioniert häufiger nicht. Hier spielen auch die Eltern eine Rolle. Die Eltern wissen teilweise noch nicht einmal, dass sie in der Schulkonferenz selbst ein Antragsrecht haben und einen Punkt auf die Tagesordnung setzen lassen können. Das muss doch irgendeinen Grund haben. Es gibt ja Schulen, die super funktionieren – was aber meistens dann der Fall ist, wenn die Elternvertretungen das selbst in die Hand nehmen. Aber in Bezug auf die Leitungsverantwortung der Schulleitung, die dann auch darauf achten sollte, dass die Elternmitwirkung funktioniert, besteht bei uns ein großes Handicap.

Ich weiß nicht, ob das an der Ausbildung der Schulleitung liegt. Es hängt auf jeden Fall von der Persönlichkeit der Schulleitung ab. Meines Erachtens ist das wirklich ein extrem

fordernder Job. Man muss sehr selbstbewusst sein, weil man ganz viele verschiedene Themen und Befindlichkeiten unter einen Hut zu bringen hat. Da muss die Auswahl schon sensationell gut sein.

Hier stellt sich für mich auch die Frage – das geht jetzt aber ein bisschen zu weit –: Sollte man, wenn das nicht funktioniert, nicht auch einmal darüber nachdenken, ob die Leitung gut ist? Wir haben ja offensichtlich Schwierigkeiten, dann auch durchaus einmal, salopp formuliert, den Stecker zu ziehen. Das ist sicherlich mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Aber wer kontrolliert oder schaut eigentlich, dass diese Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern, Schülern und Schulleitung gut funktioniert? Und was tut man, wenn das überhaupt nicht läuft? Erst einmal müssen die Eltern und auch die Schüler ja merken, dass eine Verkürzung ihrer Rechte erfolgt. Häufig bekommen sie das, wie gesagt, aufgrund von Unwissenheit gar nicht mit. Dann muss man aber natürlich auch immer mal wieder jemanden ins System hineinbringen, der schaut, ob das auch gut läuft – und vor allen Dingen dann, wenn es ein Signal gibt, dass es nicht gut läuft.

Da darf man auch nicht warten, bis von den Eltern oder den Schülern darauf hingewiesen wird. Sie sind nämlich immer in der schwächeren Position – gerade die Schüler, weil sie Angst um ihre Noten haben.

Das bekommen wir nur dadurch weg, dass die Schulleitung eine offene Haltung hat, in der Schule eine entsprechende Atmosphäre schafft und sagt: Diese Themen, mit denen wir uns sachlich auseinandersetzen, um die beste Lösung zu finden, sind völlig unabhängig von den fachlichen Leistungen, die in der Schule erbracht werden. – Um dieses Denken zu etablieren, brauchen die Schulleitungen und die Lehrer Nachhilfeunterricht, glaube ich. Das ist auch ein Punkt, bei dem ich sage: Wo ist er?

Sophie Halley (Landesschüler*innenvertretung NRW): Natürlich mangelt es in Sachen „Verfahrensweise“. Man könnte das Ganze durch Aufklärung oder Information sehr viel angenehmer und besser gestalten. Das passiert aber einfach nicht. Die Aufklärung findet in dem Sinne nicht statt. Die Einladungen werden uns teilweise erst dann gegeben, wenn wir bemerken: Wir haben da keinen Unterricht, weil mein Klassenlehrer bei der Schulkonferenz ist. Komisch! Warum bin ich nicht dort? – Dann fragt man nach. Das ist leider Gottes relativ normal. Denn aufgrund der Drittelparität kann, wenn die Schüler*innen nicht da sind, trotzdem entschieden werden. Es ist überhaupt kein Problem, dass die Schüler*innen nicht anwesend sind, solange Eltern und Lehrkräfte da sind.

Und das darf nicht sein. Wir sind der größte Teil der an Schule Beteiligten. Dementsprechend müssen wir uns auch mehr einbringen können als andere Parteien. Wir müssen wichtig sein. Wir müssen im Zweifel auch von Maßnahmen überzeugt werden, die wir am Anfang vielleicht nicht für richtig halten. Oder man muss dann tatsächlich einmal auf Kompromissuche gehen, um etwas zu finden, bei dem man sagt: Ja, okay; damit können wir leben.

Ein weiterer Punkt sind die Fachkonferenzen zur Auswahl von Schulbüchern. Mein Mathelehrer, der schon etwas älter ist, macht seinen Job super. Aber wenn er mir

sagen soll, welches Mathebuch für mich das richtige ist, würde er sicherlich ein anderes Buch aussuchen als wir Schüler*innen, weil wir einfach anders arbeiten. Wir lernen anders und sind in einer unterschiedlichen Entwicklungsstufe. Deswegen kommen wir vielleicht weniger mit Fließtexten klar, sondern eher mit Abbildungen und Darstellungen. Wir würden also zu unterschiedlichen Schulbüchern greifen.

Das heißt: Wir brauchen in der Fachkonferenz mehr als nur ein Mitspracherecht, nämlich auch ein Stimmrecht. Wir müssen aktiv mitentscheiden können und sagen können: Dieses Buch halten wir, auch wenn Ihnen das möglicherweise nicht passt, für ungeeignet.

Die Bezirksverbindungslehrer, die uns unterstützen sollen – sie sollen uns helfen, damit wir wissen, was wir machen können und was wir erreichen können –, brauchen Entlastungsstunden. Denn sie sind auch nur Menschen und haben auch nur einen 24 Stunden langen Tag.

Hier möchte ich auch noch einmal die Angst bezüglich der Noten erwähnen. Wenn ich meiner Lehrkraft gegenüber sitze und weiß, dass meine Lehrkraft total überzeugt von etwas ist, habe ich ein mulmiges Gefühl, mit einem Handzeichen zu sagen: Ich bin gegen Ihren Vorschlag. – Man hat einfach Schiss um die Noten, weil man weiß, dass da etwas passieren kann.

Die gleiche Angst habe ich auch, wenn ich weiß, dass meine Eltern gerade in der Schulkonferenz meinem Klassenlehrer gegenüber sitzen. Mein Klassenlehrer kennt meine Eltern. Wenn meine Eltern dann irgendetwas für meinen Lehrer Blödes äußern, habe ich Schiss, muss ich zugeben. Ich war auch schon in der Situation, dass ich gesagt habe: Papa, musst du dort hingehen? Musst du das wirklich machen? Ich möchte das nicht. Ich habe Angst davor. – Ich finde es ein bisschen respektlos, darüber zu lachen.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich lache nicht über Sie!)

– Okay.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich lache nur über diese Lehrkräfte! Entschuldigung! Es kann doch nicht sein, dass man Noten davon abhängig macht!)

– Ich wollte das nur erwähnen, weil es bei mir anders angekommen ist. Okay.

Elisabeth Linge (Stadtschulpflegschaft Köln): Ich muss zugeben, dass ich hier auch Neues und Erschreckendes kennenlernen. Insofern bin ich ganz Ohr. – Auf Ihre Frage ist zweierlei zu antworten. Natürlich werden hier Strukturen benannt, die mangelhaft sind. Wir haben eine schlechte Ressourcenausstattung vor Ort. Wenn zum Beispiel der Elternbrief von Frau Gebauer nicht bei uns landet – weder der erste noch der zweite noch der dritte –, liegt das unter Umständen daran, dass das Sekretariat mit einer halben Stelle besetzt ist und 500 Schüler zu versorgen hat.

Wir haben eigentlich keine Sanktionsmöglichkeiten. Aufgrund der Abhängigkeiten haben wir tatsächlich auch ein Machtgefälle innerhalb von Schule – sprich: Lehrpersonal versus Eltern und dann Schüler. Bei uns an den Förderschulen gibt es eine ähnliche

Abhängigkeit. Denn die Förderung eines Schülers ist ganz eng an die Person des Lehrers oder der Lehrerin gebunden. Wenn dann im Unterricht eine mangelnde Zuwendung erfolgt, bleibt die Förderung ultimativ auf der Strecke.

Insofern müssen wir tatsächlich auch an der Kommunikationskultur der Schulen ansetzen. Ich glaube schon, dass Sie seitens des Landtags in der Lage sind, zu beschließen, Strukturen zu fördern, die die wertschätzende Kommunikation – das Wort „Wertschätzung“ ist in der heutigen Diskussion noch gar nicht gefallen – zwischen Lehrern auf der einen Seite und Eltern, Familien und Schülern auf der anderen Seite voranbringen.

Dafür braucht es, glaube ich, eine externe Struktur. Die LEK hat ein Projekt aus Dortmund genannt. Das hat mich neugierig gemacht. Ich werde mich noch weiter informieren und schauen, ob ich so etwas auch auf Kölner Ebene anregen kann. Wie die Finanzierung erfolgt, interessiert mich ebenfalls. Es geht natürlich auch darum, das Ganze finanziell zu stärken.

Wir lassen Grundrechte auf der Strecke. Um noch einmal auf die vorherige Frage zurückzukommen: Tatsache ist, dass Eltern nicht unbedingt in der Lage sind, alle anderen Eltern anzusprechen. Auch wir brauchen tatsächlich Unterstützung und Hilfe, um nicht nur strukturell – sprich: per E-Mail; wie auch immer – miteinander in Austausch zu treten, sondern auch dieselbe Sprache zu finden. Wir haben sehr diverse soziokulturelle Hintergründe. Und das ist der Grund, warum viele Eltern und dann auch viele Schüler mittelbar aus der Beteiligung herausfallen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich habe keine Frage, sondern einen Gruß von Herrn Radke, der mir gerade geschrieben hat: Wir sind wegen eines plötzlichen Krankheitsfalls leider verhindert gewesen. – Das wollte ich nur einmal für alle sagen.

Helmut Seifen (AfD): Ich will noch einmal betonen, dass ich nicht über Sie gelacht habe – ganz bestimmt nicht. Es ist aber so unwahrscheinlich, dass ein Lehrer schlechtere Noten gibt, weil ein Schüler in der Schulkonferenz eine andere Meinung vertritt, dass mir das völlig absurd vorkam. Darauf möchte ich also noch einmal Wert legen.

Ich habe aber auch noch eine Frage. Ich kann das, was Sie alles berichten, jetzt gar nicht glauben; aber gut. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass Sie wünschen, dass die Schulkonferenz hälftig mit Schülern besetzt wird. Ich habe den Übergang vom Verhältnis 2:1:1 zur Drittelparität mitgemacht. Erst hatte ich ein bisschen Sorge; das gebe ich zu. Nachher ist das wunderbar gelaufen, hervorragend gelaufen. Deswegen war ich mit dieser Drittelparität zuletzt unglaublich zufrieden.

Meine Frage lautet: Schüler sind ja nicht ewig an der Schule. Meistens kommt man auch nicht schon in Klasse 5 in die Schulkonferenz, sondern ab Klasse 10 oder Klasse 11. Das heißt, dass Schüler in der Regel zwei oder möglicherweise, wenn es hoch kommt, vier Jahre in der Schulkonferenz sind. Befürchten Sie nicht, dass dann,

wenn die Schüler tatsächlich dominieren – ich meine das gar nicht böse –, die Kontinuität einer Schulentwicklung darunter leiden könnte?

Timon Nikolaou (Landesschüler*innenvertretung NRW): Die Idee dahinter ist erst einmal, dass die Schülerinnen und Schüler die größte Gruppe in der Schule sind und im Sinne der Demokratie auch mehr Mitbestimmungsrecht verdienen als andere Parteien, die nicht in die Schule gehen oder nur in sehr viel kleinerer Zahl dort vertreten sind. Es ist auch nicht so, dass die Schülerinnen und Schüler damit alles entscheiden könnten; denn im Zweifelsfall wird immer noch die Schulleitung entscheiden.

Außerdem fordern wir neben der Stärkung von SV-Strukturen zusätzlich die Stärkung der Arbeit, die von Lehrerinnen und Lehrern sowohl auf Bezirksebene als auch auf Schulebene geleistet wird, sodass die Kontinuität innerhalb dieser Gremien besser gewährleistet werden kann, indem man beratende Stimmen von Lehrerinnen und Lehrern hat, die länger für die SV zuständig sind und dann auch Wissen weitergeben können, indem sie zum Beispiel auf Klausurtagungen helfen, Schülerinnen und Schüler einzuarbeiten. Ferner fordern wir ein festes Budget für SVen, damit sie zum Beispiel mehr Möglichkeiten haben, interne Fortbildungen durchzuführen, um der Arbeit mehr Kontinuität zu geben und vor allem auch den Inhalten mehr Kontinuität zu geben.

Das in Ihrer Frage angesprochene Problem sehen wir also nicht. Wir sehen nur, dass man die SV auch besser ausbauen muss und sie befähigen muss, tatsächlich in der Schule demokratisch mitzuwirken, um den Schülerinnen und Schülern, die sich dann auch als politische Gruppe begreifen müssen, gerecht zu werden. In der Tat braucht es noch einige andere Rahmenbedingungen, damit dort eine Arbeit stattfinden kann, die tatsächlich den demokratischen Ansprüchen der Schülerinnen und Schüler und ihren Interessen gerecht wird.

Vorsitzende Kirstin Korte: Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen herzlich dafür danken, dass Sie den Weg in unseren wunderschönen Plenarsaal auf sich genommen haben und auch mit den ungemütlichen Konditionen klargekommen sind. Vielen Dank für Ihre Expertise. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen angenehmen Abend – und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Auch den Kolleginnen und Kollegen sage ich Tschüs. Wir sehen uns bereits morgen wieder.

Vielen Dank an Herrn Jäger für die Vorbereitung und vielen Dank an den Sitzungsdokumentarischen Dienst, der uns das Protokoll rechtzeitig vorlegen wird. Am 10. März 2021 werden wir im Schulausschuss abschließend über die Ergebnisse dieser Anhörung beraten.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

2 Anlagen

07.01.2021/11.01.2021

23

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

Wir wollen mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/10526

24. November 2020,
15.00 Uhr bis max. 17.00 Uhr, Plenarsaal

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeselternkonferenz Vorsitzende Anke Staar, Dortmund	Anke Staar Christian Beckmann	17/3296
Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V. Frau Löchner, Düsseldorf	Prof. Franz-Josef Kahlen	17/3300
Landeselternschaft der integrierten Schulen LEiS 1. Vorsitzender Ralf Radke, Köln	Ralf Radke Sara Stomporowski	---
Landeschüler*innenvertretung NRW, Düsseldorf	Sophie Halley Timon Nikolaou	17/3303
Eva-Maria Thoms Mittendrin e.V., Köln	Eva-Maria Thoms	
Stadtschulpflegschaft Köln Elisabeth Linge Köln	Elisabeth Linge	---

